KLEINE ZEITUNG

KÄRNTEN INTERN

Parlamentsgehalt für Arbeit in freiheitlichem Parteibüro

Mitarbeiterin von FPÖ-Abgeordnetem Jury "im rechtlichen Graubereich". / Heimatdienst am 10. Oktober wieder dabei.

st es Normalität oder gar ein Fall von illegaler Parteienfinanzierung? Eine vom freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Josef Jury beschäftigte parlamentarische Mitarbeiterin (Name der Redaktion bekannt) soll über Jahre ihr Gehalt über das Parlament bezogen, tatsächlich aber im Spittaler Bezirksbüro der Freiheitlichen (vorher: BZÖ) gearbeitet haben. Per Gesetz dürfen Mitarbeiter von Abgeordneten in keinem Dienstverhältnis zu einer Partei stehen. Widrigenfalls verlieren sie ihren Vergütungsanspruch, das wären 170.000 Euro binnen einer Legislaturperiode.

Da kein Dienstvertrag mit der Partei existieren dürfte, wird der Fall von der Parlamentsdirektion als "rechtlicher Graubereich" bewertet. Unterlagen, die der Kleinen Zeitung vorliegen, belegen, dass die Frau in offiziellen Partei-



Bürgermeister und Nationalratsabgeordneter Josef Jury RIE-PRESS

schreiben als Mitarbeiterin des Bezirksbüros geführt wird, etwa 2010 bei Weihnachtswünschen der Bezirksobleute **Herbert Haupt** und **Kurt Scheuch**. Jury sagt jetzt, ehrenamtliche Parteimitarbeit parlamentarischer Mit-

arbeiter sei üblich. Dass seine Parlamentsmitarbeiterin offiziell als Mitarbeiterin des Bezirksbüros geführt wurde, wischt er vom Tisch: "Das war sie nie; wenn, dann nur stundenweise. Das ist nur falsch geschrieben worden." Seit 2006 war der Heimatdienst mit Obmann Josef Feldner von den Vorbereitungen und der Mitwirkung bei den 10.-Oktober-Landesfeiern im Landhaushof ausgeschlossen. Die freiheitliche Landesspitze reagierte so auf den Wandel des KHD zur Konsensarbeit. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) holt den KHD jetzt über das Dialogforum zurück ins Boot. Feldner freut sich über "das Ende der Willkür" und will, dass der 10. Oktober auch zukunftsgerichtet und im Zeichen des gelebten Miteinanders gefeiert wird.

UWE SOMMERSGUTER,
ANDREA BERGMANN

Donnerstag, 8. August 2013



Heimatdienst darf wieder mitgestalten

Klagenfurt Nachdem der Kärntner Heimatdienst ab 2006 wegen seines Eintretens für eine Ortstafellösung und wegen des Bemühens um Versöhnung und Verständigung mit der slowenischen Volksgruppe von den Freiheitlichen von der Vorbereitung und Mitwirkung an der Landesfeier ausgeschlossen war, wird 'er nun von Landeshauptmann Peter Kaiser wieder eingebunden. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden. Das neue Programm soll auf einer gemeinsamen Basis erstellt werden.

»Gelebtes Miteinander«

Der Kärntner Heimatdienst wertet dieses Entgegenkommen als ein »erfreuliches und endgültiges Ende der gegen ihn gerichteten politischen Willkür«. Man habe seine Vorstellungen hinsichtlich einer Mitwirkung an der Landesgedenkfeier bereits vorgelegt. Demnach soll das gelebte Miteinander der beiden Bevölkerungsgruppen vorrangig und zukunftsorientiert zum Ausdruck gebracht werden.